

Neuhaus 5 Kurort  
ABONN  
Preis frei (dabei 6000 Lire)  
Aylık Türk Lirası 1,50 RM. 5,-  
Üç aylık " " 4,25 " 13,-  
Altı aylık " " 8,- " 25,-  
Bir senelik " " 15,- " 50,-  
Mektupla 6 defa çıkar.  
İdarehanesi:  
Beyoğlu, Curnal sokak 7  
Telefon: 41.606.  
Posta Kartpostal İstanbul 1269.

# Türkische Post

Preis der Einzelhefte: 5 Kurus  
KURUSPREISE  
Inland Ausland  
1. Monat T. Pl. 1,50 RM. 5,-  
3 Monate " 4,25 " 13,-  
6 Monate " 8,- " 25,-  
12 Monate " 15,- " 50,-  
oder Gegenwert  
Besucht wöchentlich 6 mal.  
Geschäftsleitung:  
Beyoğlu, Curnal sokak 7  
Druckmaschinen Türkpost.  
Telefon: 41.606.  
Postfach: İstanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 249

Tageszeitung

Istanbul, Dienstag, 20. Okt. 1936

Neue Verordnung zum deutschen Vierjahreplan

## Vollmachten für Goering

Deutsche Presse: Entscheidender Schritt zur Freiheit Deutschlands  
Einheitliche Lenkung der Kräfte

Berlin, 20. Okt. Die Durchführung des von ihm auf dem Nürnberger Parteitag angekündigten neuen Vierjahresplanes eine Verordnung erlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Verwirklichung dieses Planes die einheitliche Lenkung aller Kräfte des deutschen Volkes und die straffere Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten erfordert.

Die Durchführung des neuen Vierjahresplanes wird darum vom Führer und Reichskanzler dem preußischen Ministerpräsidenten Generaloberst Göring übertragen, dem zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben alle Vollmachten erteilt werden, um die erforderlichen Maßnahmen treffen zu können.

Ministerpräsident Göring wird durch die Verordnung ermächtigt, alle notwendigen Verfügungen zu erlassen, alle Behörden, einschließlich der obersten Reichsbehörden und Dienststellen der Partei, anzuhören und mit Weisungen zu versehen.

Berlin, 20. Oktober. In der gesamten deutschen Presse wird zu der Bekanntgabe des Ministerpräsidenten Göring mit der Durchführung des neuen Vierjahresplanes führender Stellung genommen.

Der „Völkische Beobachter“ weist darauf hin, daß die Idee des neuen Vierjahresplanes als entscheidender Schritt zur Vollendung der politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt sozialen Freiheit Deutschlands angesehen werden muß. Ungewöhnlich wie der Plan müßte auch die Mittel zu seiner Durchführung sein. Die an Göring gegebenen Vollmachten entsprechen auch der Größe seiner Aufgabe. Der Führer hat Göring den Befehl zur Durchführung erteilt. Nachdem dieser Befehl gegeben worden ist, so

Berlin, 20. Oktober. Zu der Sturmflut, die am Sonntag an der Westküste von Schleswig-Holstein herrschte, erfährt man jetzt, daß der Wasserstand um 3,5 m über den gewöhnlichen Hochwasserstand hinausging. Im allgemeinen sind an Deichen und Uferbauten geringe Schäden eingetreten. Mehrere Deichgebiete wurden aus Gründen der Vorsicht von Menschen und Vieh geräumt. Die neuen deutschen Deichbauten haben sich gut bewährt und kaum gelitten. Die Wasser sind bereits vollkommen abgelaufen.

Der neue Adolf-Hitler-Koog hat die Sturmflut glänzend überstanden und zeigt keinerlei Schäden.

Französische Feststellungen zur Habsburgerfrage

## Der Widerhall der Schuschnigg-Rede

Nachlassen der Unnachgiebigkeit?

Paris, 19. Oktober (A.A.). Nach Meinung der Morgenblätter scheint die Rede Schuschniggs vom 17. ds. Mts. die Kleine Entente nicht zu beunruhigen. Der „Jour“ schreibt: „Der Widerstand der Kleinen Entente gegen die Wiederherstellung der Habsburger-Monarchie war bis jetzt so stark, daß er auf die Mächte einen Einfluß ausübte. Sollte diese Unnachgiebigkeit nachgelassen haben? Jedenfalls übertrug es, wie schwach die Prager- und Belgrader Presse geantwortet haben. In diesen beiden Hauptstädten kommt ein gewisser Skeptizismus zum Vorschein, hinter dem sich viel Verzicht verbergen könnte.“ Die „Republique“ macht dieselbe Feststellung. „Bis jetzt hat sich die Kleine Entente in der heftigsten Weise jedem Versuch der Wiederherstellung der Monarchie widersetzt. Der Widerstand ist nicht immer gleich. Nur Jugoslawien scheint sich unerschütterlich zu sein. Rumänien scheint mehr oder weniger gleichgültig zu sein. Die Tschechoslowakei, die von der deutschen Einkreisung bedroht ist, wird es sich vielleicht überlegen und das kleinere Übel wählen.“

Rom: Oesterreich kann seine Regierungsform frei wählen

Rom, 19. Oktober (A.A.). Anlässlich der Rede Schuschniggs wird in politischen Kreisen Rom hervorgehoben, daß sich Italien nie der Wiederherstellung der Monarchie in Oesterreich widersetzen hätte. In einigen Kreisen wird sie sogar als größte Gewährleistung der österreichischen Unabhängigkeit betrachtet. Italien verweigert es, sich für die Wiederherstellung nach außen hin einzusetzen, um nicht heftige Rückwirkungen in Mitteleuropa hervorzurufen. Doch auch dem deutsch-österreichischen Abkommen und der Wiederbewahrung Oesterreichs ist man in Rom der Ansicht, daß es Oesterreich frei stehe, die Regierungsform, die ihm paßt, zu wählen, ohne daß sich die anderen Mächte einzumischen hätten.

Prag: Theoretische Auseinandersetzung

Prag, 19. Oktober (A.A.). In zuständigen Prager Kreisen wird die Rede Schuschniggs als eine theoretische Auseinandersetzung des österreichischen Standpunktes betrachtet. Es wird hervorgehoben, daß der Bundeskanzler nur allgemein gesprochen habe. Nach seiner Erklärung ist die Wiederherstellung der Habsburger-Monarchie eine rein innere Angelegenheit. Der Standpunkt der Tschechoslowakei ist völlig entgegen gesetzt. Man rechnet jedoch auf die Besonnenheit und die staatsmännischen Fähigkeiten Schuschniggs und glaubt, daß alle Verwicklungen vermieden werden.

Rumänien und das System der Regionalpakete

Bukarest, 19. Oktober (A.A.). Wir lassen es nicht zu, daß das Bündnisssystem, auf dem die Sicherheit unserer Grenzen begründet ist, geschwächt wird. Wir wünschen das System der Regionalpakete auszudehnen.“ Diese Erklärung gab der Generalsekretär der nationalen-bürokratischen Partei Madacheanu während einer Kundgebung ab, die am 18. ds. Monats im Rahmen der Vereinigung der transylvanischen Partei mit der Bauernpartei abgehalten wurde. Die nationale-bürokratische Partei nahm den römischen Wort für ihre Mitglieder an, die jedesmal das Wort „Gerechtigkeit“ aussprechen müssen, wenn sie mit erhobenem Arme grüßen.

Gast der Reichsregierung

## Graf Ciano heute in Berlin

Aussprache mit Hitler und Reichsaußenminister von Neurath — Locarno und Wiener Konferenz

Berlin, 20. Oktober. Der italienische Außenminister, Graf Ciano, trifft heute nachmittag als Gast der Reichsregierung zum Besuch des Reichsaußenministers v. Neurath in Berlin ein. Im Anschluß an einen mehrtägigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt wird sich Graf Ciano nach Süddeutschland begeben, um einer Einladung des Führers und Reichskanzlers Folge zu leisten.

Rom, 19. Oktober (A.A.). Der Havas-Berichterstatter meldet: Außenminister Graf Ciano wird am Dienstag in Berlin eintreffen. Das Programm seiner Reise ist noch nicht veröffentlicht worden. Doch versichern die zuständigen Kreise, daß er über keinen Sondervertrag verhandeln wird. Sie bemerken lediglich, daß Ciano mit Reichsaußenminister von Neurath und Hitler eine Aussprache über die Vorbereitung der italienisch-österreichisch-ungarischen Konferenz in Wien haben wird — und über die Haltung Italiens und Deutschlands bezüglich des neuen Locarno-Vertrages mit der Rückkehr Belgiens „zur Neutralität“. Ferner wird der Kommunismus in Europa erörtert werden.

Die zuständigen politischen Kreise in Rom heben hervor, daß diese Reise eine neue Bestätigung der italienisch-deutschen Zusammenarbeit ist, die auf der gleichen Richtung der beiden politischen Kurse beruht, ohne daß besondere Abmachungen oder ein Bündnisvertrag bestehen. Sie fügen hinzu, daß eines der Reizelezie auch die Annäherung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten sein wird. Es verläutet, daß zahlreiche

Berlin, 20. Oktober. Die deutsche Presse widmet dem bevorstehenden Besuch des italienischen Außenministers herzliche Begrüßungsworte.

Der „Völkische Beobachter“ weist darauf hin, daß Graf Ciano nach Berlin komme, um dem nationalsozialistischen Deutschland seinen Anteil (besuch zu machen. „In Italien und Deutschland hat etwas Gemeinsames gesiegt, mit dem sich Europa zu seinem eigenen Vorteil abfinden müssen.“

Die Sonntagsreden der französischen Minister

## Wie beurteilt Blum die Lage in Frankreich?

Neues Pressegesetz geplant — Der Volksfrontgedanke gefährdet? — Auflösung der Kammer? — Neuwahlen? — Appell zur Disziplin — Staatshaushalt und Finanzreform

Paris, 19. Oktober (A.A.). Auf einer Kundgebung, die von sozialistischen Verbänden des Seine-Departements veranstaltet war, hielt Blum eine Rede. Er berührte die Frage der Presse und sagte u. a. „Diese Frage ist ernst und beschäftigt uns sehr. Sowie das Parlament wieder zusammentritt, werden wir ein Pressegesetz einbringen. Das ist notwendig. Vielleicht wird es uns auf diese Weise gelingen, die berüchtiglichen Verleumdungen zu züchtigen. Wenn diese Leute wüßten, daß jede ihrer Machenschaften sie mehrere 100.000 Franken kosten würde, würden sie vielleicht vorzichtiger sein. Wir werden uns auch bemühen, die Blätter anzuhalten, ihre Einnahmen und Bilanzen zu veröffentlichen. Wir werden versuchen, über diese Rechenschaftsberichte eine Kontrolle auszuüben.“

Orlean, 19. Oktober (A.A.). Die Rede, die Blum auf der Sitzung des radikalsozialistischen Verbandes des Loire-Departements gehalten hat, hatte eine erhebliche politische Bedeutung, denn sie wird nicht den radikalsozialistischen Kongress, der am Donnerstag in Biarritz beginnt, beeinflussen. Die Ansprache dauerte eine Stunde. Blum entwarf ein Bild der politischen Lage in Frankreich vor den Malwahlen. Er stellte eine Diagnose für die gegenwärtige Lage und umriß in den Grundlinien das zukünftige Vorgehen.

„Man kann das, was wir getan haben, loben oder tadeln. Niemand wird jedoch verneinen können, daß wir etwas getan haben. Ich will die wirkliche Frage der gegenwärtigen Stunde stellen. Müssen wir so fortfahren? Muß das Ministerium weiter bestehen bleiben, indem es sich auf dieselbe Mehrheit im Parlament, auf dieselbe Zusammensetzung der politischen und sozialen Kräfte im Lande stützt? Nach der Meinung Blums würde diese Frage, falls sie jetzt dem Lande gestellt werden sollte, eine ebenso unzweideutige Antwort erhalten wie vor sechs Monaten.“

„Der Gedanke der Volksfront ist nicht berührt, führte er weiter aus. Die Begeisterung ist nicht geringer geworden. Was ist also verändert? Was hat sich ereignet? Ein ziemlich merkwürdiges Phänomen, das jeder Erklärung widersteht. Die Volksfront erhält dieselbe Zustimmung in den Massen des Volkes, und doch verbreitet sich der Zweifel hinsichtlich ihrer Stärke und ihrer Dauer. Bei einigen unserer Freunde wird eine Unruhe wach, und unsere Gegner bemühen sich, sie auszunutzen. Diese Unruhe bezieht sich auf die kommunistische Partei. Man fragt sich, ob sie nicht in der Mehrheit ein fremdes Element darstellt, das früher oder später auscheiden muß, und ob folglich die Volksfront nicht dazu verpflichtet ist, sich aufzulösen, um einem neuen politischen Gebilde Platz zu machen.“ Blum beantwortete diese Zweifel folgendermaßen: „Falls eine der politischen Parteien der Volksfront ihr Vertrauen der Regierung entziehen sollte, wäre der einzige Ausweg, die Kammer aufzulösen und das Land zu befragen.“ Hinsichtlich des Falles, daß die kommunistische Partei aus der Volksfront ausscheiden sollte, sagte Blum: „Die Reaktion würde sich dann sehr bald daran erinnern, daß die Sozialisten auch Marxisten sind, und nach den Sozialisten würde an Euch die Reihe sein, Ihr Radikalsozialisten.“

Paris, 19. Oktober (A.A.). Finanzminister Vincent Auriol wird heute nachmittag mit Ministerpräsident Blum eine Aussprache über den Staatshaushalt und die Finanzreform haben, die Blum in seiner Rede in Lens am vergangenen Sonntag angekündigt hat.

„Gut unterrichtete Kreise sind der Ansicht, daß die Aussprache ebenfalls die Pläne zum Schutze der Ersparnisse und der Organisation der Kredite, die von den Finanzkreisen mit großem Interesse erwartet werden, zum Inhalt haben wird.“

Belgien und die kollektive Sicherheit

Brüssel, 19. Oktober (A.A.). Der belgische Außenminister Spaak erklärte

Bevorstehende Besprechungen über Iskenderun

## Durchführung des deutschen Vierjahreplanes

Blum verteidigt seine Politik  
Beginn der deutsch-italienischen Aussprache  
Schuschnigg-Rede und Kleine Entente  
Belgiens außenpolitische Grundsätze

Rom, 20. Oktober. Dem Besuch Cianos in Deutschland gilt ein lauger Aufsat in der halbamtlichen römischen „Giornale d'Italia“, der unter dem Titel „Die europäische Politik an einer bedeutsamen Wende“ heute erschienen ist.

Rom, 19. Oktober (A.A.). Im Zusammenhang mit der Reise des Außenministers Ciano nach Deutschland nimmt man an, daß die Eroberung Äthiopiens, anerkennen wird, und daß der Hauptgegenstand der Aussprache das

Berlin, 20. Oktober. Die deutsche Presse widmet dem bevorstehenden Besuch des italienischen Außenministers herzliche Begrüßungsworte.

Der „Völkische Beobachter“ weist darauf hin, daß Graf Ciano nach Berlin komme, um dem nationalsozialistischen Deutschland seinen Anteil (besuch zu machen. „In Italien und Deutschland hat etwas Gemeinsames gesiegt, mit dem sich Europa zu seinem eigenen Vorteil abfinden müssen.“

Der französische Botschafter in der Türkei, H. Ponsot, der sich einige Zeit in Paris aufhielt, um an den zwischen Syrien und Frankreich geführten Verhandlungen über die Aufhebung des französischen Mandats über Syrien teilzunehmen, ist gestern nach Istanbul zurückgekehrt.

Wie man erfährt, hat die türkische Note an Frankreich in den französischen Regierungskreisen einen günstigen Eindruck hervorgerufen, sodaß die Angelegenheit demnächst in Ankara Gegenstand von Besprechungen zwischen den beiden Ländern sein wird.

Der französische Botschafter Ponsot, der dieser Tage nach Ankara weiterreist, wird dort mit den zuständigen Regierungsstellen in Verbindung stehen. Ponsot, der früher französischer Oberkommissar in Syrien war und außerdem auch den letzten Verhandlungen zwischen Frankreich und Syrien in Paris von Anfang bis zu Ende beigewohnt hat, verfügt in Bezug auf die syrischen Verhältnisse über große Erfahrung. Dieser Umstand allein berechtigt zu der Hoffnung, daß die Ankaraer Besprechungen einen reibungslosen Verlauf nehmen und zu einem die Türken von Iskenderun und Antakya befriedigenden Abschluß führen werden.

Atatürk bei der Geschichtsforschungsgesellschaft

Ankara, 19. Oktober. Der Präsident der Republik, Kama Ataturk, begab sich heute nachmittag in das Gebäude der Türkischen Geschichtsforschungsgesellschaft und erkundigte sich über den Verlauf der Forschungen der Gesellschaft.

Ismet İnönü setzt seine Wirtschaftsstudien fort

Izmir, 19. Oktober. Ministerpräsident Ismet İnönü setzte seine Fühlungnahme und Aussprache mit den Vertretern der Baumwoll-Produzenten fort.

Die Baumwoll-Produzenten von Bayındır verlangen die Errichtung von Verkaufsgenossenschaften zur Beseitigung des Zwischenhandels. Sie forderten ferner die Verteilung moderner landwirtschaftlicher Geräte gegen ratenweise Bezahlung und Zuweisung von Grundstücken an die besitzlosen Bauern. Außerdem wiesen sie auf die Bedeutung des Wachstums bei der Sicherung der Landwirtschaft vor Schäden aller Art hin.

Festessen zu Ehren des afghanischen Kriegsministers

Ankara, 19. Oktober. Außenminister Dr. Aras gab heute mittag zu Ehren des afghanischen Kriegsministers Marschall Mahmud Chan ein Essen.

Am Abend gab der Minister für Nationale Verteidigung, General Kâzım Özalp, zu Ehren des afghanischen Gastes ein Essen im Hotel „Ankara-Palast“, an das sich ein Abendempfang anschloß.

Kundgebungen in Iskenderun verboten

Durch eine Verordnung vom 9. Oktober werden in Iskenderun alle Versammlungen und öffentliche Kundgebungen untersagt. Zuwiderhandelnde werden entsprechend dem Erlaß des hohen Kommissariats vom 12. Februar 1935 verhaftet und den Gerichten zugeführt.

Betruf, 15. Oktober. Wegen ihrer Veröffentlichungen über Iskenderun und Antakya wurde die in Beirut in türkischer Sprache erscheinende Zeitung „Yıldız“ bis auf weiteres verboten.

Im November Generalstabs-Besprechungen in Bukarest

Belgrad, 19. Oktober. Wie der griechische Kriegsminister Papadinas dem Athener Berichterstatter der Zeitung „Vreme“ erklärte, werden die Leiter der Großen Generalstabs der Länder der Balkan-Entente im November in Bukarest zusammentreffen, um Besprechungen über die Verteidigungspläne der Staaten der Balkan-Entente zu führen.

## Kurzmeldungen vom Tage

Zwei faschistische Versammlungen fanden in Manchester statt. Zu bedeutenderen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Als jedoch während der zweiten Versammlung ein Redner heftig die Juden angriff, wurde auf ihn eine Handgranate geworfen.

Der italienische Ozeandampfer „Vulcania“, der am 19. Oktober von Neapel nach New York ausgelaufen ist, hat Notsignale abgegeben. Ungefähr 40 Meilen von Neapel ist ein Brand auf dem Dampfer entstanden. Sene Dampfer sind angelaufen, um der „Vulcania“ Hilfe zu bringen.

Der bekannte deutsche Romanschriftsteller Rudolf Stratz ist nach zweijähriger Krankheit am 17. ds. Monats in München gestorben.

Der englische Arbeiterführer Attles hat an Baldwin ein Schreiben gerichtet, in dem er den Ministerpräsidenten bittet, die sofortige Einberufung des Parlaments ins Auge zu fassen, und zwar wegen der ernsten Lage infolge der Zwischenfälle im Nichtteilnahmeauschluß. Da jedoch das Parlament ohnedies am 29. Oktober zusammentreten wird, dürfte Baldwin dem Besuchen Attles nicht antworten.